

An die Redaktionen

Aachen, 18. April 2019

„Aachener Sparkasse langt wieder zu“ – LINKE Fraktionen kritisieren unsoziale Erhöhungen bei den Kontoführungskosten

Die Gebührenpolitik der Aachener Sparkasse stößt bei den Fraktionen der LINKEN in Stadt und Städteregion auf heftige Kritik. Privatkunden mit geringen Einkünften und kleine Unternehmen werden wie schon 2017 unverhältnismäßig stark zur Kasse gebeten.

„Die derzeitige Zinsentwicklung ist für die Banken selbstverständlich unbefriedigend“, erklärt Leo Deumens, Fraktionsvorsitzender der Aachener Stadtratsfraktion, „aber dies rechtfertigt keine Preiserhöhungen, wie sie der Vorstand zum 1. Juli umsetzen möchte. Auch die Kunden sind von der Niedrigzins-Politik betroffen, im Falle von höheren Kontoführungskosten sogar doppelt.“

„Gab es vor zwei Jahren noch einen satten Aufschlag bei den Grundpreisen, trifft es nun vor allem die einzelnen Leistungen. So verdoppeln sich manche Preise wie die Geldauszahlung am Bankautomaten bei Geschäftskonten, andere Kosten steigen um mehr als 30 Prozent“, betont Uwe F. Löh, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Städteregionstag, „dies hat mit der allgemeinen Kostenentwicklung nichts mehr zu tun!“

Was die Sparkasse in der Presse an Rechtfertigung verbreitet, ist unglaublich, finden die linken Lokalpolitiker*innen. „Es leuchtet nicht ein, warum das Geld nur bei den ohnehin nicht Gutverdienenden geholt werden kann“, kritisieren Ellen Begolli und Harald Siepmann, jeweils Fraktionsgeschäftsführer*in der LINKEN in Stadt und Städteregion. „Von der Sparkasse im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger der Städteregion erwarten wir eine soziale und mittelstandsfreundliche Ausrichtung bei den klassischen Girokontomodellen, was sich bei der Preisgestaltung der einzelnen Dienstleistungen ausdrücken sollte.“

„Die Kundinnen und Kunden der Sparkasse schätzen es, dass die Sparkasse viele Arbeits- und Ausbildungsplätze sichert, die eine gute Beratung vor Ort gewährleisten. Dafür sind viele Menschen bereit, ihren Teil beizutragen und nicht zu anderen Banken zu wechseln. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Kosten einseitig zu Lasten derer verteilt werden, die es sich am wenigsten leisten können und anderswo ohnehin kein Konto bekämen“, so DIE LINKE.